

8. Juli 2006
bis
24. Juli 2006

Die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, hat Mitte Juli dieses Jahres die Unterzeichnung eines Vertrags zum Erwerb der US-amerikanischen **Mortgage-IT Holdings Inc.**, einem auf die Vergabe, den Ankauf und die Verbriefung von Wohnimmobilien-Krediten spezialisierten Real Estate Investment Trust (REIT), bekannt gegeben. Der Kaufpreis wird auf insgesamt rund 429 Millionen US-Dollar in bar (338 Millionen Euro) beziffert. Der Abschluss der Transaktion wird für das vierte Quartal 2006 erwartet und steht unter verschiedenen Vorbehalten wie der Zustimmung der Aktionäre des Immobilienunternehmens und der üblichen aufsichtsrechtlichen Genehmigungen. Die US-Holding hält sämtliche Anteile an dem Wohnimmobilien-Kreditunternehmen **Mortgage-IT Inc.**

Für einen Kaufpreis von 2,9 Milliarden US-Dollar übernimmt der britische Versicherer **Aviva** die amerikanische **Amer-US**. Aviva zahlt pro Aktie 69 Dollar in bar, was gegenüber dem Aktienkurs vom Monatsanfang einer Prämie von zehn Prozent entspricht. Die Transaktion soll durch Schulden und eine Kapitalerhöhung von 900 Millionen Britische Pfund finanziert werden. Erst im März dieses Jahres war die 17-Milliarden-Pfund-Übernahme des Konkurrenten **Prudential** gescheitert.

Über den Mitte Juni 2006 von der **Allgemeine Hypothekbank Rheinboden AG (AHBR)**, Frankfurt am Main, angekündigten Verkauf des europäischen Immobilienfinanzierungsgeschäfts an die **Hypo Real Estate Bank International AG**, Stuttgart, haben der AHBR-Mehrheitseigentümer **Lone Star** sowie die stillen Gesellschafter **DZ Bank AG**, Frankfurt am Main, und **DEVK Versicherungen**, Köln, eine Vereinbarung getroffen. Diese sieht den Erwerb beider stiller Beteiligungen durch den Finanzinvestor vor. Zum Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht. Die DZ Bank vertritt die Interessen der Mehrzahl der stillen AHBR-Beteiligungen. Zuvor war vor dem **Landgericht Frankfurt am Main** ein Antrag des genossenschaftlichen Zentralinstituts gegen die AHBR auf Erlass einer einstweiligen Verfügung bezüglich der geplanten Veräußerung von Immobilienfinanzierungsportfolios verhandelt worden, in dessen Rahmen beide Parteien einen Vergleich erzielt hatten.

Mitte Juli dieses Jahres hat die **Dresdner Bank Monaco SAM** ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Über die neue Tochter

will die Frankfurter Allianz-Tochter in dem Fürstentum wohlhabenden Privatkunden individuelles Vermögensmanagement anbieten. Auch die angrenzende Mittelmeer-Region soll als Geschäftsgebiet erschlossen werden.

Die **Nord-LB Norddeutsche Landesbank**, Hannover, die **Sparkasse Hannover** und die **Deutsche Wertpapierservice Bank AG (DWP Bank)**, Frankfurt am Main, haben in einer Grundsatzklärung die Gründung eines **Backoffice Service Center (BOSC)** der DWP Bank in Hannover vereinbart. Nachdem die Sparkassen in Niedersachsen und die Nord-LB bereits seit September 2004 die Abwicklung ihres Wertpapiergeschäftes zu der Transaktionsbank übertragen haben, soll dieses bestehende Outsourcing nun um die bisher noch in den Instituten verbliebenen Back-Office-Prozesse erweitert werden.

Die restlichen 30 Prozent der Anteile an der **Ampega Investment AG**, Hannover, hat die **Talanx AG**, Hannover, von Putnam Investments, ihrem strategischem Partner in den USA, zurückgekauft. Ampega ist die Fondsgesellschaft der Talanx-Gruppe. Beide Partner wollen ihre Zusammenarbeit im Geschäft mit Privatkunden und institutionellen Anlegern fortführen.

Nach der Übernahme des Kölner Versicherungskonzerns **Gerling** werden im Talanx-Konzern 1 800 Arbeitsplätze gestrichen. Die Zentrale der neuen Sachgruppe wird ihren Sitz in Hannover haben, die der Lebengruppe in Köln, wo auch das Asset Management (Ampega) angesiedelt werden soll. Der Standort Wiesbaden werde aufgegeben, Hamburg um die Hälfte verkleinert.

Für 68 Millionen Euro kauft der niederländische Allfinanzkonzern **ING** die taiwanische Vermögensverwaltungstochter des Amsterdamer Branchenkonkurrenten **ABN Amro**. Die bisherige **ABN Amro Asset Management (Taiwan) Ltd.** verwaltet umgerechnet 2,9 Milliarden Euro. Nach der Transaktion werde ING auf der asiatischen Insel umgerechnet rund 10,8 Milliarden Euro an Mitteln betreiben.

Die **Lingohr & Partner Asset Management GmbH** ist dem **BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.**, Frankfurt am Main, 2006 beigetreten. Die Gesellschaft betreut nach Verbandszahlen insgesamt 3,7 Milliarden Euro, davon 3,2 Milliarden Euro für institutionelle Mandate. Dem Verband zählt seit diesem Jahr bereits die **Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG**, **Oppenheim Capital Management GmbH** und **J. P. Morgan Asset Management** als neue Mitglieder. Ihm gehören insgesamt 83 Unternehmen als Vollmitglieder und 73 Informationsmitglieder an.

Bis Ende 2008 will die **Finanz-IT GmbH**, Hannover, eines der gegenwärtig noch drei IT-Systemhäuser der Sparkassen-Finanzgruppe, bis zu 600 Arbeitsplätze abbauen, um ihre Kosten um mindestens 100 Millionen Euro zu senken. Derzeit arbeiten an den Standorten Hannover, Berlin, Leipzig und Saarbrücken 2 740 IT-Mitarbeiter. Ein Maßnahmenkatalog befindet sich derzeit in der Erarbeitung.

Für 120 Millionen Euro verkauft die Postbank-Tochter **BHW Holding** in Hameln ihre Beteiligung an der tschechischen Bausparkasse **Modrá Pyramida** an die **Komerční Banka** und die **Versicherung Česká Pojišť'ovna**. Wie das Paket unter den beiden Käufern aufgeteilt werden soll, stehe bislang noch nicht fest. Die Société-Générale-Tochter **Komerční Banka** hält bislang 40 Prozent der Anteile an der Bausparkasse.

Eine Barofferte über 1,77 Milliarden US-Dollar hat die britische Bank **HSBC** den Aktionären der panamaischen **Banistmo-Bank** gemacht. Der Preis für den Erwerb der größten zentralamerikanischen Bankengruppe entspricht einer Prämie von rund einem Viertel auf den vorherigen Schlusskurs. Die Mindestquote für die Akzeptanz der Übernahme sei bereits erfüllt.

Auf einen Vorschlag zur europakonformen Anpassung des Namensschutzes für Sparkassen haben sich nach einigen Rängeleien **Bundesregierung, Länder und Sparkassenorganisation** geeinigt. Dieser werde nun der **EU-Kommission** vorgetragen, die zuvor ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland angestrengt hatte, weil sie den Schutz der Bezeichnung „Sparkasse“, die nach § 40 Kreditwesengesetz (KWG) öffentlich-rechtlichen Instituten vorbehalten ist, für europarechtswidrig hält.